

32. TAGUNG

Bericht
CG32(2017)15prov
28. Februar 2017

Open Data für bessere öffentliche Dienste

Governance-Ausschuss

Berichterstatlerin:¹ Manuela BORA, Italien (R, SOC)

Entschließungsentwurf (zur Abstimmung).....	2
Empfehlungsentwurf (zur Abstimmung)	4
Begründungstext (zur Kenntnisnahme) ²	

Zusammenfassung

Im letzten Jahrzehnt setzte sich immer stärker die Tendenz durch, öffentliche Daten freizugeben und wiederzuverwenden. Immer mehr Städte erkennen das Potenzial, das mit Technologie und Open Data verbunden ist. Die Freigabe und Weiterverwendung öffentlicher Daten geben den kommunalen Gebietskörperschaften die Gelegenheit, sich in transparentere, demokratischere und effektivere Stellen zu verwandeln.

Dieser Bericht zeigt, auf welche Weise die Freigabe von Open Data die Partizipation der Bürger am politischen und gesellschaftlichen Leben fördern, die Bereitstellung von öffentlichen Diensten verbessern und eine ganze Bandbreite sozialer, kultureller, demokratischer und umweltpolitischer Initiativen ermöglichen kann.

Der Kongress ruft die kommunalen und regionalen Gebietskörperschaften auf, Strategien zu entwickeln, um die Informationsdatensätze der kommunalen Stellen der gesamten Bevölkerung zugänglich zu machen und sicherzustellen, dass die Datenschutzgesetze und -vorschriften strikt eingehalten werden, wenn Daten der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Der Kongress bittet des Weiteren das Ministerkomitee, die Bedeutung von Open Data im Hinblick auf die Verbesserung der kommunalen Demokratie anzuerkennen, für die Mitgliedstaaten Leitlinien über Standards und Strategien für Open Data bereitzustellen und sich mit dem Risiko einer digitalen Kluft bei der Partizipation an Open Data zu befassen.

1 L: Kammer der Gemeinden / R: Kammer der Regionen
EPP/CCE: Europäische Volkspartei im Kongress
SOC: Sozialistische Gruppe
ILDG: Unabhängige und liberaldemokratische Gruppe im Kongress
ECR: Europäische Konservative und Reformisten
NR: Mitglieder, die keiner politischen Gruppe des Kongresses angehören
2 Der Begründungstext ist nur auf Englisch und Französisch verfügbar.

ENTSCHLIESSUNGSENTWURF³

1. Der rasche und kontinuierliche Anstieg der Qualität und Menge digitaler Daten und Informationen, die von den kommunalen Stellen verwaltet und generiert werden, schafft für sie wertvolle neue Möglichkeiten, die Qualität des kommunalen Lebens durch die Bereitstellung der Daten und die Veröffentlichung für die Allgemeinheit zu verbessern. Eine wachsende Zahl von Städten belegt, dass es ein riesiges bisher ungenutztes Potenzial dieser Daten für NRO und Interessengruppen gibt, wenn sie der Öffentlichkeit in wiederverwertbarer Form zugänglich gemacht werden.

2. In vielen Bereichen, u.a. Transport, öffentliche Gesundheit, Nutzung kultureller Einrichtungen, Umweltschutz und Energienutzung, beginnen Gruppierungen der Zivilgesellschaft, die häufig in Partnerschaft mit den lokalen Stellen stehen, die Daten öffentlicher Behörden zu nutzen, um neue Tools und Anwendungen für die Förderung einer guten Governance in den Städten zu entwickeln. Die Folgen können eine verbesserte Governance, eine höhere Lebensqualität und Städte sein, die ökologisch und intelligent sind.

3. Open Data bietet eine größere Transparenz und offeriert den Bürgern nicht nur die Informationen, um zu verstehen, was ihre lokalen Behörden machen, sondern ermächtigt sie darüber hinaus, zu den Entscheidungsprozessen ihrer kommunalen Verwaltung beizutragen. Dies kann zu einer höheren Partizipation an der Politikgestaltung führen, um intelligentere und maßgeschneiderte und stimmige politische Ansätze und eine umfassendere Rechenschaftspflicht zu erzielen.

4. Die Weiterverwendung von Informationen des öffentlichen Sektors kann Anreize für das gesellschaftliche und wirtschaftliche Wachstum schaffen, indem sie Dritten ermöglicht, innovative Produkte und Dienste zu schaffen. Neuste Schätzungen haben den potenziellen Nutzen von Open Data auf mehr als 1% des weltweiten Bruttoinlandsproduktes beziffert.

5. Der Kongress, gedenk der obigen Ausführungen:

a. Unter Berücksichtigung:

i. der Kongress-EntschlieÙung 290 und der Empfehlung 274 (2009) über e-Demokratie: Chancen und Risiken für kommunale Gebietskörperschaften;

ii. der Kongress-EntschlieÙung 389 (2015) über neue Formen der kommunalen Governance;

iii. der Konvention des Europarates über den Zugang zu amtlichen Dokumenten (CETS Nr. 205);

iv. dem Zusatzprotokoll zur Europäischen Charta der kommunalen Selbstverwaltung über das Recht zur Beteiligung an den Angelegenheiten der kommunalen Verwaltung (CETS Nr. 207);

b. In der Überzeugung, dass Open Data ein starker Antrieb für die Verbesserung der kommunalen Governance ist und sein wird, mit der Macht, Städte in offenere, demokratischere, transparentere Räume zu verwandeln;

3 Vorläufiger EntschlieÙungsentwurf, am 7. Juni 2016 vom Governance-Ausschuss angenommen.

Mitglieder des Ausschusses:

M.M. Mialot-Muller (Vorsitz), G. Bardeli, T. Marin Gonzalez*, V. Hovhannisyan*, C. Kiefer, H. van Staa, H. Huseynov, R. Aliyev, J.L. Crucke, K.H. Lambertz (alternate L. Martens), M. Mahmutbegovic, S. Stoycheva, I. Totev*, E. Orphanidou, (Stellv.: M. Zachariades*), R. Nwelati, A. Udzenija, B. Kornbek (alternate: F. Blak), S. Tobreluts, (Stellv.: L. Aadel), J. Eerola, F. Maitia, M. Neugnot, S. Ugrehelidze, P. Kurtz, A. Galster, W. Taubeneder, S. Schumacher, D. Muller, R. Thurner, I. Karagiannis (Stellv.: A. Gkountaras), K. Bakogiannis, M. Horvath, T. Aldoza, E.R. Lindal, C. Bennett, R. De Santis, B. Marziano (Stellv.: A. Eroj), C. Riva Vercellotti, F. Pigliaru, I. Cavo, P.L. Mottinelli, M. Juzupa, G. Geguzinskas, P. Wies, M. Sant, M. Crovetto-Harroch*, A. Zurich, H. Bergmann, J. Meijers, O.Olavsén, W. Czarnecki, M. Mazur, A. I. Vestea, A. Klarik, V. Rogov, N Komarova, A. Chernetskiy, S. Lisovsky, I. Grachev, L. Belysheva, D. Giannoni*, Z. Jelcic, M. Mahmutovic, A. Aftanasova, S. Hornik, B Pecan, P. Puy Fraga, I. de la Serna Hernai, P. Vargas Maestre, F. Johansson Metso, A. Hulthen, L. Hunziker, P. Leuba, T. Arifi, Y.A. Demirci (Stellv.: O. Sanli), R. Kasap, L. Erturk, N Dogan, H.B. Yuceer, A. S. Bucak, O. Luk'ianchenko, V. Prokopiv, V. Golenko, I. Dzhemanova, C. McKelvie, S. Reid, H.D. McGuigan, A. Leadbetter, D. Wilcox, J. Lewis (Stellv.: H. Carr).

N.B.: Die Namen der Mitglieder, die an der Abstimmung teilnahmen, sind kursiv gedruckt.

Sekretariat des Ausschusses: T. Lisney, Sekretär des Ausschusses, und M. Benderra, Ko-Sekretärin des Ausschusses

- c. In der Überzeugung, dass der Einsatz von Open Data durch die Städte in Zukunft notwendig sein wird, um Schritt zu halten mit der neuen, mit Computern groß gewordenen Generation;
 - d. Im Wissen um die Herausforderungen, die mit der Bereitstellung eines Zugangs zu Open Data in leicht zu nutzenden Formaten verbunden sind;
 - e. Im Bewusstsein der Notwendigkeit, die Datenschutzgesetze und -vorschriften zu achten;
6. Ruft die Gemeinden und Regionen der Mitgliedstaaten des Europarats auf:
- a. Strategien zu entwickeln, die die Informationsdatensätze der kommunalen Stellen den Bürgern in maschinenlesbaren Formaten für die Weiterverwendung bereitstellen, einschließlich mobiler Geräte;
 - b. Maßnahmen zu ergreifen, die sicherstellen, dass die gesamte Bevölkerung einer Stadt Zugang zu Open Data hat und von Open Data-Initiativen, Dialogen zwischen Verwaltung und Bürgern und öffentlichen Einrichtungen, die mit Open Data beliefert werden, profitieren und aktiv an diesen teilnehmen;
 - c. Bürger zu ermutigen, Open Data zu nutzen, indem sie Informationen veröffentlichen, öffentliche Sitzungen und Programme organisieren, die die Nutzung von Open Data fördern, um einen gesellschaftlichen Wert zu schaffen;
 - d. Partnerschaften mit Gruppierungen der Zivilgesellschaft und anderen Organisationen einzugehen, die dazu beitragen können, Schulungen und Kapazitätsausbau im Bereich der Weiterverwendung von Open Data und der Organisation von Open Data-Aktivitäten anzubieten;
 - e. Bürger und die Zivilgesellschaft im Rahmen von öffentlichen Veranstaltungen, Workshops und Konsultationen zu befragen, wie man die Daten besser mit ihren Interessen und Sorgen abstimmen könnte, um zu verstehen, welche Daten bereitgestellt und generiert werden sollten;
 - f. sicherzustellen, dass die Datenschutzgesetze und -vorschriften strikt eingehalten werden, wenn Daten der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.
7. verpflichtet sich:
- a. die kommunalen Stellen zu unterstützen und zu ermutigen, öffentliche Informationen weiterzuverwenden und der Öffentlichkeit Datensätze zur Verfügung zu stellen, um ihre Bereitstellung von öffentlichen Diensten zu verbessern, die kommunale Demokratie zu stärken und gesellschaftliche, kulturelle und umweltpolitische Initiativen zu fördern;
 - b. die Städte aufzufordern, über die Freigabe von Open Data hinauszugehen und kommunale Daten mit den Interessen, Bedürfnissen und Sorgen ihrer Bürger abzustimmen;
 - c. die Städte darin zu unterstützen, Feedback der Bürger, zivilgesellschaftlichen Gruppen und anderer Akteure einzuholen, indem sie öffentliche Veranstaltungen, Workshops und Konsultationen durchführen, um die Interessen der unterschiedlichen Nutzergruppen zu verstehen und im Hinblick auf die Prioritäten bei der Veröffentlichung zu nutzen;
8. nationale Gemeinde- und Regionalverbände zu bitten, ihre nationalen Regierungen aufzufordern, die Konvention des Europarates über den Zugang zu amtlichen Dokumenten (CETS Nr. 205) und das Zusatzprotokoll zur Europäischen Charta der kommunalen Selbstverwaltung über das Recht zur Beteiligung an den Angelegenheiten der kommunalen Verwaltung (CETS Nr. 207) zu unterzeichnen und zu ratifizieren, sofern sie dies noch nicht getan haben.

EMPFEHLUNGSENTWURF⁴

1. Die Internetstrategie 2016-2019 des Europarats betont die Bedeutung des öffentlichen Zugangs zu Informationen und Daten für die Stärkung der Demokratie und die Verbesserung der Governance auf allen Ebenen.
2. Eine wachsende Zahl europäischer Städte zeigt, dass die allgemeine Freigabe von Datensätzen der kommunalen Behörden die Bürger ermächtigen kann, neue Tools und Anwendungen zur Verbesserung der Governance und der Lebensqualität in den Städten zu entwickeln, und Anreize schafft für vielfältige gesellschaftliche, kulturelle, demokratische und umweltpolitische Initiativen.
3. Die Daten der kommunalen Stellen bergen auch ein wirtschaftliches Potenzial. Die Freigabe der Datensätze der kommunalen Behörden kann lokalen Unternehmen nützen und dazu beitragen, wirtschaftliche Innovationen und wirtschaftliches Wachstum zu fördern.
4. Die Demokratie auf kommunaler Ebene kann durch Open Data gestärkt werden und die Transparenz der Entscheidungsprozesse erhöhen und zu einer besseren Rechenschaftspflicht der kommunalen Verwaltungen führen sowie als Präventionsinstrument zur Bekämpfung von Korruption beitragen, indem Daten über Verwaltungsausgaben und -leistungen veröffentlicht werden.
5. Der Kongress, aus diesem Grund,
 - a. in der Überzeugung, dass Open Data die Macht hat, europäische Städte in offenere, demokratischere, transparentere Institutionen zu verwandeln;
 - b. im Bewusstsein, dass nach wie vor eine „digitale Kluft“ zwischen jenen, die Zugang haben, und jenen besteht, die keinen Zugang haben;
 - c. Unter Berücksichtigung:
 - i. der Kongress-Entschließung 290 und der Empfehlung 274 (2009) über e-Demokratie: Chancen und Risiken für kommunale Gebietskörperschaften;
 - ii. der Kongress-Entschließung 389 (2015) über neue Formen der kommunalen Governance;
 - iii. der Konvention des Europarates über den Zugang zu amtlichen Dokumenten (CETS Nr. 205);
 - iv. des Zusatzprotokolls zur Europäischen Charta der kommunalen Selbstverwaltung über das Recht zur Beteiligung an den Angelegenheiten der kommunalen Verwaltung (CETS Nr. 207);
 - v. der Internet-Governance-Strategie 2016-2019 des Europarats;
 - d. Ruft das Ministerkomitee auf:
 - i. die Bedeutung von Open Data zur Verbesserung der lokalen Demokratie im Hinblick auf eine erhöhte Transparenz, Rechenschaftspflicht und Bürgerbeteiligung anzuerkennen;
 - ii. einen Leitfaden zu verfassen und die Mitgliedstaaten aufzurufen, Standards und Strategien für Open Data anzunehmen und eine Datenlizenzierung einzuführen, wie z. B. Creative Commons-Lizenzen;
 - iii. sich mit dem Risiko einer digitalen Kluft bei der Nutzung von Open Data zu befassen, die durch einen Graben zwischen jenen, die einen Zugang haben und von Open Data profitieren, und jenen entsteht, die keinen Zugang haben;
 - e. Empfiehlt dem Ministerkomitee, die Regierungen seiner Mitgliedstaaten aufzufordern:
 - i. über die Nutzung von Open Data aufzuklären und die Vorteile der Bereitstellung von Daten für alle Bürger und die Zivilgesellschaft und andere Organisationen zu unterstreichen, indem sie öffentliche Veranstaltungen, Konferenzen und Workshops über die Nutzung von Open Data durchführen;
 - ii. lokale Open Data-Initiativen durch die Bereitstellung der notwendigen Informationen und staatlichen Daten zu unterstützen, indem sie sicherstellen, dass Open Data-Initiativen der kommunalen Stellen durch eine entsprechende Gesetzgebung oder rechtliche Rahmen gefördert werden;

⁴ Siehe Fußnote 2

iii. Leitfäden herauszugeben und eine Politik für die Weiterverwendung von Informationen des öffentlichen Bereichs zu formulieren und nationale Standards für die Lizenzierung von Datensätzen einzuführen;

iv. die Konvention des Europarates über den Zugang zu amtlichen Dokumenten (CETS Nr. 205) und das Zusatzprotokoll zur Europäischen Charta der kommunalen Selbstverwaltung über das Recht zur Beteiligung an den Angelegenheiten der kommunalen Verwaltung (CETS Nr. 207) zu unterzeichnen und zu ratifizieren, sofern sie dies noch nicht getan haben.